

# Bericht aus dem Bundeshaus



## Herbst-Session 2004

**Verstimmung im Bundeshaus. Die Rolle von Bundesrat Blocher wird von den Medien über alles gestellt. Aber das Parlament macht viel seriöse Arbeit! Und die Regierung eine schlechte Falle...**

Höchst interessant, aber anstrengend war die Zeit zwischen Sommerferien und Herbstsession. Die Einladung des Chefs Luftwaffe ans Meeting in Payerne liess ich mir nicht nehmen (aber ich musste drei andere Anlässe am gleichen Samstag absagen). In der Subkommission Nachrichtendienste bekam ich Einblick in sicherheitsrelevante Einrichtungen und Massnahmen. Bei Truppenbesuchen konnte ich "vor Ort" Eindrücke über die Armee XXI sammeln. Die Fachtagung der eidgenössischen ABC-Kommission in Würenlingen bot mir eine breite Palette von möglichen Bedrohungen (Atom, Biologie, Chemie) und wie sich unser Land davor schützt. Die Armee XXI steht im Kreuzfeuer der Kritik – unverdient, wie ich meine. Das Konzept bewährt sich, soweit man das nach erst zwei Rekrutenschulen überhaupt beurteilen kann. Mehr Probleme bietet das Umdenken bezüglich des Armeeleitbildes und Indiskretionen im VBS. Daneben



Parade der Kunstflugstaffeln in Payerne.

musste sich Bundesrat

Schmid gegen den von linker Seite allzu willkommenen Vorwurf wehren, er denke an die Abschaffung der Wehrpflicht. Truppenbesuche in Bière und Kloten überzeugten mich von der Flexibilität unserer Milizarmee und ihrer Führung, aber auch von der hohen Motivation unserer Rekruten und von der positiven Wirkung des neuen Aushebungsverfahrens.

Sehr eindrücklich war für mich auch die Begegnung mit Dr. Nsaba Buturo und seiner Frau aus Uganda. Als Informationsminister und Regierungssprecher hat Dr. Buturo eine sehr erfolgreiche Aids-Kampagne durchgeführt. Ich konnte zu einer Begegnung mit dem Direktor und Leuten des Bundesamts für Gesundheit Türen öffnen. Nun sassen wir uns also gegenüber: die Verantwortlichen für die Aidskampagne und internationalen Gesundheitsbeziehungen der Schweiz auf der einen Seite, auf der anderen die Vertreter der Schweiz. Evangelischen Allianz (Gegenplakat

## Liebe Freunde

*Im Vorfeld dieser Session war ich oft (mit und ohne Sitzungsgeld) unterwegs. Sehr stark nahm mich die Sicherheitskommission (SiK-NR) in Anspruch. Dann war ich aber auch für die Abstimmungsvorlagen vom 26. Sept. auf der Piste. An der DV EVP-Schweiz, in der „Arena“ für die Poststellen-Initiative, am Lokalradio, an Parteiversammlungen... Ich bemühte mich, Vor- und Nachteile ehrlich darzustellen. Entsetzt bin ich, wie Sachverhalte verzerrt und Schlagwörter gebraucht werden. Nach dem Motto: Es ist nicht wichtig, ob du die Wahrheit sagst, Hauptsache, wir gewinnen die Abstimmung!*

*Einmal mehr hat die SVP mit ihren Plakaten grausam polemisiert. „Staatskinder“ lösten offenbar das Gegenteil der erwünschten Reaktion aus. Die Inserate, mit welchen eine islamische Mehrheit in der Schweiz an die Wand gemalt wurde, sind aber ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Auch wenn sie falsch waren – ihre Wirkung hatten sie, und entsprechend wurden sie wiederholt! Mögliche Bedrohungen werden so aber nicht abgewehrt, sie werden eher noch herbeigeführt. Die richtigen Antworten sind: Vorsicht bei der Migration und in den Sicherheitsorganen und – nicht zuletzt – aktive Evangelisation, nicht jedoch Polemik. Ich glaube, dass Liebe stärker ist als Hass!*

Herzlich, Ihr

2003 "Liebes Bundesamt, Treue ist der beste Gummi"). Eindrücklich, wie der Minister seine Bibel auf den Tisch legte und, als man ihm das Wort erteilte, darum bat, man möge mit einem Gebet beginnen. Dann erklärte er die unmittelbare Not seines Landes und dass er mit drei Elementen gegen Aids vorging: Erstens bat er junge Leute, mit sexuellen Kontakten zuzuwarten (Reaktion des BAG: Enthaltensamkeit – als Thema in der Schweiz undenkbar!). Zweitens rief er die Eheleute zur Treue auf. Und drittens wies er darauf hin, dass das Kondom keinen absoluten Schutz bietet. Die Begegnung fand in einer Atmosphäre der Achtung und des Respekts statt. Ich konnte mich abschliessend dafür bedanken, dass



diesen Sommer ein Plakat ausgehängt wurde, welches die Treue propagiert. Auch kritische Anmerkungen fehlten in meinem Schlusswort nicht. Sie wurden positiv entgegengenommen.

Welche Werte vermitteln wir der Bevölkerung? Ich bin sicher, das Gehörte wird den Direktor des BAG und sein

Team noch beschäftigen. Ministries of Hope (Heinz Suter) lud zudem zu einem Transformation-Dinner mit Dr. Buturo nach Egerkingen, und am Bettags-Samstag war er Gast an der Konferenz der EVP Schweiz. Beten wir für Uganda, das an der Schwelle zu einem Mehrparteien-Staat steht, und für weitere positive Veränderungen durchs Evangelium!

## Und jetzt: Kommen Sie mit in die Session!

Als Nachfolger von Ruedi Strahm (SP), welcher Preisüberwacher wurde, wird Hans Stöckli, Stadtpräsident von Biel, vereidigt. Ich kann mit immer mehr Stadtpräsidenten Auge in Auge diskutieren! Immerhin: Das sind Leute, die den Puls der Bevölkerung spüren und wissen, was Entscheide auf Bundesebene auslösen können.

Mit dem **Öffentlichkeitsgesetz** (im Kanton Bern längst verwirklicht) wird Transparenz geschaffen: Künftig steht jeder Person das Recht zu, Einsicht in Dokumente der Bundesbehörden zu nehmen. Bisher war alles geheim, was nicht öffentlich war, künftig ist alles öffentlich, was nicht geheim ist. Es gibt allerdings eine lange Liste von Ausnahmen; denn: Möchten Sie, dass jedes Dokument, das Sie der Behörde liefern, für jedermann einsichtig wäre? Ebenso soll die freie Meinungs- und Willensbildung einer Behörde oder gar die Sicherheit des Landes nicht durch vorzeitige Bekanntgabe von Dokumenten beeinträchtigt werden. Ebenso verdienen überwiegende Interessen (Privatsphäre, Berufs-, Geschäfts-, Bank- und Steuergeheimnis) Beachtung. Keine Gegenstimme in der Schlussabstimmung, aber auch kein blendendes Resultat: 108:0.

Mit 130:2 Stimmen nimmt der Rat Lockerungen beim **Grundstückserwerb durch Personen im Ausland** vor. Kollege Theiler verweigern wir ein Hintertürl. Bundesrat Blocher: Zufällig sei er im gleichen Métier tätig gewesen und kenne deshalb die Umgehungsmöglichkeiten...

## Erlebnisreicher Dienstag

Berggebiet und Alpenkonvention sind einer Mehrheit des Nationalrats wichtig. Eine Motion aus dem Ständerat zugunsten der Schaffung von **Natur- und Landschaftsparks** wird gegen den Willen des Bundesrats mit 110:62 Stimmen überwiesen. Es ist also möglich, ein Geschäft aus dem Papierkorb des Bundesrats zu holen! Zwei Vorstösse (Naturschutz) von Ruedi Aeschbacher und mir sind wohl schon zum vierten Mal traktandiert, aber wir finden wieder keine Zeit, um sie zu behandeln. Am Mittag haben wir im Restaurant reserviert. Herr und Frau Buturo werden verabschiedet. Sie fliegen heute Nachmittag zurück nach Uganda.

## Und es nützt doch!

22. September, Bundeshaus:  
Dr. Thomas Zeltner, Direktor des BAG, grüsst mich und berichtet: "Wir haben intern noch lange über das Gespräch mit Dr. Buturo diskutiert..."

Ich glaube daran, dass wir mit einem konstruktiven und von den Werten des Evangeliums bestimmten Auftreten einen aufbauenden Einfluss auf unsere Gesellschaft und ihre politischen Instanzen ausüben können. Das biblische Bild des Sauerteigs leitet mich dabei.

Welches sind die Werte, die wir dem Volk vermitteln können? Müsste nicht unsere Regierung mit gutem Beispiel vorangehen?

## SRAKLA

Hinter dieser Abkürzung versteckt sich die "Schweizerische Reformierte Arbeitsgemeinschaft Kirche und Landwirtschaft". Sie betreut nicht nur das bäuerliche Sorgentelefon. Sie bringt auch christlich-ethische Überlegungen in die landwirtschaftlichen Organisationen und Verwaltungen ein. Als Nachfolger von Milli Wittenwiler, die aus dem Nationalrat zurücktrat, werde ich im Vorstand mitwirken.

## AGIK

Das ist die neue Arbeitsgruppe für interkulturelle Fragen der Schweiz. Evang. Allianz. Die bisherige AfA/CH (AG für Ausländermission, wo ich mich bisher engagierte) ist jetzt eines von drei Ressorts. Das zweite befasst sich mit der Evangelisation durch Ausländer in der Schweiz.

Das dritte Ressort, dessen Leitung ich für ein Jahr zusagte, wird sich Fragen der Immigration, der Integration und der Rückkehrhilfen annehmen. Ich freue mich über ein wachsendes Interesse der christlichen Gemeinden am Problemkreis und stelle gerne Verbindungen zur eidgenössischen Verwaltung her.

Die kontroverse freikirchliche Diskussion um die Einbürgerungen macht für mich deutlich, dass die Ausländerfrage dringend theologisch aufgearbeitet werden muss.

Am Tisch sind neben den EVP-Nationalräten noch zwei Brüder aus Kenia. Okos weilt für kurze Zeit in der Schweiz, um unsere Verhältnisse zu studieren. Er möchte in Kenia eine christliche Partei gründen. Wir begrüßen ihn am Nachmittag auch in der **Fraktion** und an der sich daran anschliessenden Sitzung der **EVP-Geschäftsleitung**. Dort geht es um Tagesgeschäfte der Partei, aber auch über ihre Rolle im gegenwärtig verwundeten politischen Klima. Wir können Einfluss auf die Gesellschaft ausüben - wenn wir uns Gottes Führung unterstellen. "Wischiwaschi" nennen die Extremen das differenzierte Verhalten der Mitte. Das soll umgekehrt werden in ein Image von Zivilcourage!  
 Feierabend? Nein, um 21.20 Uhr stosse ich in Frutigen noch zum Vorstand der **Ortspartei**, der sich Gedanken für die Wahlen vom Herbst 2005 macht und auf der Suche nach Kandidat(inn)en ist.

### Militärfragen von Links und Rechts kritisiert

NachVerfassung soll die Armee mit **subsidiären Einsätzen** die zivilen Ordnungskräfte unterstützen: Bewachungen (Botschaftsschutz, Unterstützung der Polizei), Personenkontrollen (Grenzwachtkorps) und Sicherheit auf Flügen (Tiger Fox). Die Linke verweigert sich. Ich bringe sieben Argumente für die Verlängerung des Auftrags: 1. Zivile Führung mit Verfassungsauftrag, 2. Visier neu einstellen: die Bedrohungen sind diffus geworden (Terrorismus), 3. Zeitbedarf für Rekrutierung und Ausbildung von Polizist(inn)en, 4. zivile Alternative fehlt, 5. Durchhaltefähigkeit der Polizeikorps: einige Tage, was dann? Die Ausbildung in der Armee wurde verbessert, 6. Assistenzdienst ist im Armeeleitbild vorgesehen; das gilt! 7. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und die Finanzen der Kantone zwingen uns diese Lösung auf.



Bundesrat Schmid hat es nicht leicht!

Auch zur **militärischen Baubotschaft** bin ich Sprecher der Fraktion. Ich erinnere die Ratslinke daran, dass sich die Sicherheitspolitik nicht auf die Frage "Armee ja oder nein?" reduzieren lässt. Im VBS sind verschiedene Aufgaben zugunsten der zivilen Sicherheit angesiedelt, zum Beispiel: Nationale Alarmzentrale, ABC-Labor Spiez, Flugsicherung, Einrichtungen der Funkaufklärung, moderne Übertragungsnetze. Die Rechte kann sich nicht mit den Auslandseinsätzen der Schweizer Armee abfinden. Sie torpediert das Ausbildungszentrum "Swissint" (Wil/Stans). Einige unbelehrbare SVP-Leute wollen partout nicht verstehen, dass die Stabilisierung im Kosovo den Interessen unsers Landes dient. So sicher, wie wir manchmal glauben, ist die Lage in Europa nämlich nicht!

### Abstimmungskoller und die Rolle des Bundesrates

Unterschiedlicher könnten sie nicht ausfallen, die **Botschaften der Präsidenten** des National- und des Ständerates zum Ausgang der Abstimmung vom 26. September! Während Max Binder (SVP) im NR eine Karikatur im Tagesanzeiger geisselt (und prompt für die Werbung der SVP eins aufs Dach bekommt), zeigt der Ständeratspräsident Fritz Schiesser staatsmännisches Format. Siehe Spalte rechts.

## Deutliche Worte aus dem Stöckli

"Der Bundesrat ist unsere Regierung. Als Staatsbürger will ich wissen, wie die Regierung zu einer Vorlage steht, was sie denkt, und ich will auch, dass die Regierung für ihre Überzeugung einsteht. Wer das als Manipulation bezeichnet, hat unsere Demokratie nicht verstanden oder will sie nicht so haben, wie sie funktionieren sollte, nämlich als freie und faire Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Meinungen. Das Volk ist gescheit genug, sich dann seine eigene Meinung zu bilden.

Als Staatsbürger möchte ich auch wissen, was unsere Regierung denkt, wenn die Mehrheit des Parlamentes und die Regierung eine Abstimmung verloren haben, was ebenso zu unserer Demokratie gehört wie das Obsiegen. Wenn ein Mitglied der Regierung das nicht mittragen kann und sich an der üblichen Pressekonferenz der beteiligten Mitglieder des Bundesrates ungehörig benimmt, so zeugt das nicht von der erforderlichen Grösse für ein so hohes Amt, das in einem Teil der Bevölkerung nach wie vor ein sehr hohes Ansehen genießt. Die Mitgliedschaft in der Regierung verpflichtet dazu, ein minimales Mass an Würde und Haltung zu bewahren, gerade auch in Momenten des heimlichen Triumphes. Ich bitte den Bundesrat, hiefür besorgt zu sein."

Fritz Schiesser, Ständeratspräsident zur Eröffnung der 2. Sessionswoche

*Unten: Der Text meiner Interpellation an die Landesregierung. Die Medien spekulieren schon, wie der Bundesrat mich "abwimmeln" werde.*

### Interpellation Donzé vom 28.9.2004

Der Auftritt von drei Mitgliedern unserer Landesregierung an der Pressekonferenz über die Volksabstimmung vom 26. Sept. 2004 erfüllt mich mit Sorge. Ich stelle dem Bundesrat deshalb folgende Fragen:

1. Funktioniert der Bundesrat noch als Kollegialbehörde?
2. Nimmt der Bundesrat an, dass öffentliche Anspielungen eines Regierungsmitglieds gegen das andere und Hohngelächter als Antwort darauf der Glaubwürdigkeit unserer Regierung förderlich sind?
3. Lohnen sich Millioneninvestitionen in die Imagepflege unseres Landes, wenn sich die Regierung solche Auftritte in der Öffentlichkeit leistet?
4. Ist der Bundesrat willig, in sich zu gehen, oder ist er bereit, dem Parlament die Vertrauensfrage zu stellen?

Wissen Sie, was **Erbenbussen** sind? Wenn verdeckte Guthaben ans Tageslicht kamen, wurden bisher die Erben mit Nach- und Strafsteuern bedacht (wie wenn sie selber hinterzogen hätten). In der Einsicht, dass der Verstorbene nicht mehr bestraft werden kann, stimmt der Nationalrat der Abschaffung der Strafsteuer zu. Nachsteuern werden aber nach wie vor geschuldet - denn das Vermögen ist ja grösser geworden, weil es dem Fiskus entzogen war.

Machen **Vernehmlassungen** Sinn? Die Verfassung fordert ein Gesetz dafür. Dieses liegt endlich vor und war in der Kommission unbestritten. Trotzdem erinnere ich daran, dass Max Dünki (EVP, ZH) zu seiner Zeit die Wirkung dieser aufwändigen Verfahren in Zweifel zog und vor Alibi-Übungen warnte. Als einzige Fraktion bringen wir den Vorbehalt an, auch hier wären flüssigere und schlankere Verfahren angezeigt.



Der **Ständerat** verweigert das Eintreten auf die Vorlage zur Verteilung der überschüssigen **Nationalbankgoldreserven** auf die AHV. Meines Erachtens zu Recht, denn laut Verfassung haben Kantone (2/3) und Bund (1/3) Anrecht darauf. Der Streit um die unverhofften Mittel geht weiter. Können dermaleinst damit Schulden getilgt werden?

Lange ziehen sich die Beratungen über das **Zollgesetz** hin. Es ersetzt ein 75jähriges Gesetzeswerk und eine durch das europäische

Zollrecht bereits wieder veraltete Revisionsvorlage. Personenkontrolle und rasche Zollabfertigung sind darin neu geregelt. Gegen den Bundesrat wird mit unserer Unterstützung ein Kommissionspostulat überwiesen. In einem Bericht soll der Bundesrat Vor- und Nachteile des heutigen Gewichtszollsystems gegenüber dem Wertzollsystem der EU aufzeigen.

**Fachhochschulen, Krankenversicherung und Bundesrechtspflege** sind nicht meine Spezialitäten. Meine Stimme ist aber bei den Entscheidungen wichtig. Ich höre auf meine Fraktionskollegen. Unser Fraktionsantrag, mit welchem wir ein Anliegen der **Diplommittelschulen** unterstützen, wird von Markus Wäfler vertreten. Leider unterliegen wir damit. Beim **Krankenversicherungsgesetz** werden nach dem Fiasko im Parlament drei Anliegen vorgezogen: Die Globalstrategie, die Anpassung der kantonalen Beiträge und Übergangsbestimmungen. Wir stimmen zwei von drei Vorlagen zu. Die Übergangsbestimmungen befriedigen uns nicht. Nur **dank der drei EVP-Stimmen** schafft das Gesetzeswerk die Ausgabenbremse mit 103:57!

Eine Gästebetreuerin fragt mich, ob ich mich einer Deutschklasse mit Leuten aus zehn Ländern widmen könnte. Nachdem sie auf der Tribüne dem Treiben im Saal zugeschaut haben, bombardieren sie mich mit ihren Fragen. Natürlich ist das Resultat der Einbürgerungsvorlage Thema Nummer 1. "Ich liebe die Schweiz. Wo soll ich sonst leben?", sagt einer. Es sind auch zwei Muslime darunter. Die Realität holt uns ein...

### Soll der Staat den Tourismus unterstützen?

Ein Schock ging durchs Land, als Christoph Blocher trompetete, der Kredit für die **Tourismuswerbung** sei auf einen Franken zu reduzieren. Der Rat zeigt sich nun verständiger. Angesichts der sich öffnenden asiatischen Märkte ringen wir uns zu einem moderaten jährlichen Beitrag

*Fortsetzung nächste Seite, rechte Spalte*

## Rahmenveranstaltungen

Wieder werden während der Session zahlreiche Begegnungen organisiert. Sie erlauben mir, hinter die Kulissen von Geschäften zu sehen, die mir sonst nicht geläufig wären. Hier nur eine spontane Auswahl:

- Swisscom: Referat von CEO Alder über Breitbandtechnik und zukünftige Anwendungen. Soll die "letzte Meile" entbündelt werden? Wer wird dann noch investieren?
- SwissBanking: Vortrag zum Thema Finanzmarktregulierung. Wie kommt es zu Überreaktionen? Was ist dagegen vorzukehren?
- Aerosuisse: Sind Billigflieger weniger sicher? Podium anlässlich der Jahresversammlung in Basel.
- Gemeinnütziger Wohnungsbau spart Sozialleistungen! Der WohnBund (Dach für drei Fachverbände) zeigt auf: Sparübungen am falschen Ort können teuer zu stehen kommen.
- Bundeshausstudio. Mit dem ugandischen Informationsminister kann ich eine Besichtigung organisieren.
- Seminar VBS: Die militärische Gesamtplanung (Rüstungsplanung, Evaluation und Beschaffung, Immobilien, Liquidationen) wird von Verantwortungsträgern vorgestellt.
- Die Israelische Botschaft lädt die Mitglieder der Gruppe Nahost zu einem Austausch in den Käfigturm ein. Ich gebe mein Interesse an weiteren Kontakten bekannt.
- Die "Besinnung unter der Bundeskuppel" (jeweils Mittwochmorgen) wird in dieser Session gut besucht!
- Vision für die Schweiz: Der jährliche Anlass mit Ansprache des Bundespräsidenten erinnert an das Evangelium als Basis für die Politik. Der Generalsekretär des EJPD zu mir: "Was könnte werden, wenn die beiden Pfarrersöhne im Bundesrat wenigstens miteinander beten würden!"
- Weitere Anlässe:
  - Komiteesitzung Neuer Finanzausgleich
  - Sitzung Kerngruppe Feuerwehr
  - Sitzung Geschäftsleitung EVP-CH
  - Wirtschaftskommission EVP Schweiz
  - Einladung Delegation Taipeh zum Nationalfeiertag
  - verschiedene Gäste und Gruppen
  - usw.

# Mein Votum zur Familienpolitik

Zu Beginn gebe ich meine "Interessenbindung" bekannt: Ich bin vor zwei Tagen zum achten Mal Grossvater geworden! (Was ich noch nicht weiss: Am gleichen Abend meldet sich auch Nummer 9 zur Stelle!)

"Die Familie sorgt für die Zukunft unseres Landes. Darf sie nichts kosten, wird es uns alles kosten. Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt, was die Familie stützt und nicht das, was ihre Bedeutung untergräbt oder ihre Auflösung begünstigt. Natürlich haben wir eine Idealvorstellung von Familie. Wir sind aber auch imstande, uns den gesellschaftlichen Tatsachen zu stellen. Nicht alle Haushalte entsprechen unserem Ideal. Politische Lösungen müssen dem ins Auge schauen. Doch wie auch immer: Aus dem Zuhause kommt die Kraft für Aktionen, die im Vaterland leuchten sollen.

Welches sind unsere Konsequenzen aus dem Familienbericht? Wir wollen die Familie schützen, nicht Alternativen zur Familie. Wir wollen Mut machen zum Kinderhaben, aber nicht nur das. Die Familie sorgt auch für Betagte und Behinderte. Sie pfllegt zum Beispiel etwa 250 000 Kranke zuhause. Die Leistungen



*Familienpolitik  
nach Donzé-Art:*

*<- Thierry Mikaël  
\* 4.10.2004*

*Yoann Fabrice ->  
\* 6.10.2004*



der Familie sind anzuerkennen, zu bewerten und auch zu entgelten. Die drohende Familienarmut ist zu bekämpfen. Dabei ist auf gravierende Ungleichheiten bezüglich Wohnort – ich denke an Miete und Einkommen –, aber auch bezüglich Haushaltstyp, Bildung, Kinderbetreuung usw. zu achten.

Das Recht soll die Familienarbeit respektieren. Sie umfasst neben der Hausarbeit, Erziehung und Pflege auch die Unterstützung in Krisenzeiten, im Alter und im Sterben. Der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb muss politisch Rechnung getragen werden; Thema: Zeit für Familien. Im Weiteren muss Familienpolitik umfassend gesehen und gestaltet werden. Sie ist wichtiger als zum Beispiel die Gleichstellungspolitik, für die wir teure Strukturen bereitstellen. Sehr beachtlich ist auch der Kommentar und Ausblick der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen zum Familienbericht. Er bestätigt uns in unseren **Forderungen**, die ich hier nur in Stichworten anführen kann:

1. steuerliche Entlastungen für Familien, nicht prioritär für Unternehmen;
2. kantonale einheitliche und einkommensabhängige Kinderzulagen, Bildungszulagen und allenfalls Ergänzungsleistungen;
3. Förderung der Selbsthilfe im gemeinnützigen Wohnungsbau;
4. Stärkung (und nicht Schwächung) privater Initiativen für die Familie;
5. Klärung von Zuständigkeiten und Koordination der Familienanliegen, sowohl auf kantonaler wie auch auf Bundesebene;
6. Prüfung von Gesetzesvorlagen auf Familienverträglichkeit;
7. interkantonale Vereinheitlichung von Massnahmen und Gesetzen;
8. ein Bundesamt für Familienfragen, welches diesen Forderungen Nachachtung verschaffen kann; das ist ein altes EVP-Anliegen.

Lassen Sie mich mit zwei Herausforderungen schliessen. Erstens: Statt zwischen Links und Rechts zu polarisieren, sollten wir uns auf einen gemeinsamen Nenner einigen, bezüglich der anerkannten Familienformen und der Rolle des Staates zugunsten der Familien. Zweitens: Wenn wir uns einig sind, dass die Familie für den Staat wichtig ist, dann müssen wir ein Monitoring beschliessen, das es ermöglicht, Berichte in wesentlich kürzeren Abständen vorzulegen, aus diesen Berichten konkrete Aktionen abzuleiten und diese Aktionen mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken.

Denn die Familie ist ganz wesentlich eine Leistungserbringerin; sie darf deshalb auch eine Leistungsbezügerin sein. Es handelt sich um eine lohnende Investition, denn die Familie ist und bleibt das Grundgerüst unseres Staates.

durch. Der Bundesbeschluss übersteht nach hitziger Diskussion Ausgabenbremse und Schlussabstimmung komfortabel.

## Verbandsbeschwerderecht wichtiger als Familienpolitik?

Mittwoch dritte Woche: Zu drei dringlichen Interpellationen sind organisierte Debatten vorgesehen. Ich soll die Fraktionsmeinung zum bundesrätlichen **Familienbericht** vorstellen. Die CPV hat die Debatte gefordert. Ich habe fünf Minuten Zeit. Mein Votum – siehe Abdruck auf der Spalte nebenan – dauert genau 5 Min. 9 Sek.! Das entnehme ich dem Protokoll der Palamentsdienste, welches ich zu prüfen und zu unterzeichnen habe. Anschliessend geht der Text ins amtliche Bulletin und ist sofort unter **www.parlament.ch** einzusehen. Die FDP lancierte die Debatte zur "Valorisierung des Wissens", während die SVP die "Deblockierung der Wirtschaft" fordert. Zwischenfragen werden als Statements missbraucht und haben zum Resultat, dass über das **Verbandsbeschwerderecht** doppelt so lange und doppelt so laut debattiert wird wie über die Familienpolitik (!).

## Der 7. Oktober: ein EVP-Tag!

Heute sind nochmals die beiden Naturschutz-Motionen von Ruedi Aeschbacher und mir traktandiert. Ebenso die Parlamentarische Initiative von Heiner Studer für eine eidg. Erbschafts- und Schenkungssteuer. Wir müssen uns also dauernd verfügbar halten. Aber heute sollen um 10.30 Uhr auch die 60'000 Unterschriften gegen das Partnerschaftsgesetz eingereicht werden, und ich erhalte noch Besuch vom Leiter der Gemeindeausgleichskasse Frutigen.



*Ein Anliegen bewegt mich derzeit sehr, aber seine Umsetzung ist nicht leicht: Welche Werte gibt unsere Regierung dem Land und besonders seiner Jugend vor? Was ist schweizerisch? Welche Bedeutung haben christlich-abendländische Werte noch? Wer macht sich dafür stark?*

Er ist einer jener Verwaltungsleute, die sorgfältige Abklärungen treffen und damit Ergänzungs- oder Sozialleistungen sparen. Markus Kaltenrieder möchte schon lange mit Ruedi Rechsteiner (SP, Basel) zusammentreffen. So fand er in den letzten drei Jahren "vergessene" BVG-Freizügigkeitsleistungen von mehreren Hunderttausend Franken. Aus diesem Kontakt wird wohl ein Postulat resultieren. Ein einfaches Register könnte schon viel Detektivarbeit der Behörden vermeiden – und Sozialkosten dazu. Ich kann Markus einigen Ratskollegen vorstellen. Sie helfen mir möglicherweise, dem Vorstoss Kraft zu verleihen.

Tatsächlich schaffe ich es nicht, bei der Unterschriftsabgabe dabei zu sein. Ruedi Aeschbacher ist rechtzeitig zurück. Wir entkräften in der Begründung unserer Vorstösse die ungerechtfertigten Gegenargumente von Jagd Schweiz. Trotzdem werden sie von den Gegnern der Vorlage nochmals zitiert. Der Bundesrat wäre bereit, unsere Vorstösse als Postulate entgegen zu nehmen. Doch die Fraktionsmeinungen sind gemacht. Ruedi unterliegt beim Vogelschutz mit 55:103. Mein Anliegen "Ruhegebiete für Wildtiere" scheidet mit 62:97 Stimmen. Nachhaltige und ethische Anliegen haben es gegenwärtig sehr schwer in unserem Parlament! Das beste Resultat bucht Heiner bezüglich der Erbschaftsteuer für sich (63:93). Die wohl gerechteste aller Steuern findet im Nationalrat keine Gnade.

Noch ein "Brocken" verdient Erwähnung: Im **Fernmeldegesetz** geht es um die "letzte Meile". In verschiedenen Seminarien haben wir uns über Für und Wider informieren lassen. Nun, wo Swisscom und Cablecom je auf ihrem Terrain (Kabel oder Kupferdraht) Telefon und Fernsehen anbieten, finden künftige Angebote den geforderten Wettbewerb. Muss aber ein marktbeherrschender Anbieter seine Investition (zum Beispiel Glasfasernetz) zwingend der Konkurrenz zur Verfügung stellen, dann ist er nicht bereit, ein Investitionsrisiko einzugehen. Das bringt dann weder technischen Fortschritt noch Wettbewerb. Die Mehrheit des Nationalrats folgt dem nach wie vor starken Trend zur Liberalisierung. Es darf füglich gefragt werden: Darf das Volksvermögen in unseren ehemaligen Monopolbetrieben so aufs Spiel gesetzt werden?

### Schlussabstimmungen: Zum Teil ohne uns!

Wie immer werden am letzten Sessionstag die von beiden Räten bereinigten Vorlagen in einer Schussabstimmung verabschiedet. Einem Viertel der Geschäfte verweigern wir die Gefolgschaft:

- Transplantationsgesetz (145:10 bei 21 Enthaltungen);
- Genetische Untersuchungen beim Menschen (169:9);
- Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs (ein Initialschritt zur Abschaffung des Sonntagarbeitsverbots), Ergebnis: 109:65;
- Krankenversicherungsgesetz, Übergangsbestimmungen (115:71).

Nächste Session: 29. November bis 17. Dezember 2004. Ich freue mich, von Ihnen zu hören oder Sie im Bundeshaus empfangen zu dürfen!



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen  
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@parl.ch

## Neue Mitarbeiterin

Tabea Balderer wird mich künftig in der Bearbeitung von Unterlagen und im Entwurf von Stellungnahmen und Vorstössen unterstützen. Sie studiert in Fribourg Politologie und Soziologie und hat im Sekretariat der EVP Schweiz ein Praktikum absolviert. Sie freut sich, dass sie begleitend zu ihrem Studium eine Aufgabe mit grosser Synergiewirkung übernehmen kann – und ich bin froh, dass ich mich auf ihre Kenntnisse und Mitarbeit stützen kann.



*Unsere Landesregierung braucht Gebet. Der nationale Zusammenhalt darf nicht Opfer von Machtspielen werden! Und: Wer Bundesrat wird, sollte sein Parteibuch in die unterste Schublade versorgen...*

## Zum Schluss noch dies:

Herbstwahlen in Basel: Die Verbände listen die umweltfreundlichsten Kandidatinnen und Kandidaten für den Grossen Rat auf. Kommentar in der Basler Zeitung vom 29.9.2004:

"Die besten Abfalltrenner sind die Vereinigten Evangelischen Wähler. Die liessen durch ihren Präsidenten ausrichten, dass alle Kandidaten mindestens fünf Fragen mit Ja beantworten würden. Und taten dann ihrerseits etwas Gutes, indem sie den Fragebogen statt zu retournieren fein säuberlich in die Altpapiersammlung legten."

### So erreichen Sie mich im Bundeshaus:

per Fax 031 322 78 04  
per Telefon 031 322 99 11  
(Telefon ist weniger geeignet, da ich nicht immer abkömmlich bin. Sie können eine Nachricht hinterlassen – ich rufe zurück, sobald ich frei bin.)